



## **Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 08.10.2024 – Auszug aus Drucksache 19/3592 –**

### **Frage Nummer 43**

#### **mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung**

Abgeordneter  
**Toni  
Schuberl**  
(BÜNDNIS  
90/DIE GRÜ-  
NEN)

Angesichts des Umstands, dass das Unternehmen Rodenstock in Regen plant, seinen Produktionsstandort in der Region aufzugeben und Arbeitsplätze in ausländische Produktionsstätten zu verlegen, frage ich die Staatsregierung, welche Pläne sie hat, um den Produktionsstandort in Regen zu erhalten und die Arbeitsplätze in Niederbayern noch zu retten und was die Staatsregierung bereits konkret unternommen hat und was sie noch unternehmen wird, um diese Pläne umzusetzen (bitte unter Angabe konkreter Maßnahmen wie bspw. Gespräche mit Beteiligten und dazugehörigen Daten)?

### **Antwort des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie**

Das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie hat unmittelbar nach Bekanntwerden der Pläne des Unternehmens Rodenstock Kontakt zur Unternehmensführung, lokalen Mandatsträgern, Vertretern der Belegschaft und der Gewerkschaft aufgenommen. Ziel des fortlaufenden Austauschs ist die langfristige Sicherung der Standorte in Bayern und der Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze. Dazu hat Herr Staatsminister Hubert Aiwanger bereits am 16.09.2024 ein Gespräch mit dem CEO und weiteren hochrangigen Vertretern von Rodenstock geführt. Die Staatsregierung setzt auf Zukunftsperspektiven für betroffene Mitarbeiter in der Region. Bevorzugt wird ein Fortsetzungskonzept am Standort. Wo die Entlassung nicht vermeidbar ist, soll möglichst schnell eine Anschlussbeschäftigung bei anderen Unternehmen gefunden werden. In jedem Falle geht es um sozialverträgliche Lösungen.

Die Staatsregierung hält bessere wirtschafts- und standortpolitische Rahmenbedingungen für dringend erforderlich – vorrangig bei den Energiekosten. Hier sieht sie insbesondere die Bundesregierung in der Pflicht. Den zu beobachtenden Tendenzen zu Stellenreduzierungen und Standortverlagerungen im verarbeitenden Gewerbe muss rasch und entschiedener begegnet werden durch Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen für die heimische Industrie durch Reduzierung der Steuer-, Abgaben- und Bürokratiebelastung.